

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/59

26. März 1974

Gefährdeten Zeitungen gezielt helfen !

Plädoyer für ein Aktionsprogramm zur Pressestrukturpolitik

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

CDU-Rattenfängerklänge für Studenten

Wie die Union den Numerus clausus bekämpfen will

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Bundestages

Seite 3 bis 5 / 102 Zeilen

Krisenzustände sind keine Unfälle

Aufklärungsaktion der SPD Hessen-Süd über wirtschafts-
politische Mechanismen

Seite 6 und 7 / 80 Zeilen

Gefährdeten Zeitungen gezielt helfen I

Plädoyer für ein Aktionsprogramm zur Pressestrukturpolitik

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD

Die Zeitungskosten sind zur Zeit im Steigen begriffen; die Erlöse - vor allem aus Anzeigen - sinken seit dem Ende des Jahres 1973. Deshalb fordern die Zeitungsverleger sofortige Hilfsmaßnahmen, insbesondere Steuer-vergünstigungen.

Die sozialliberale Bundesregierung ist mit dem erklärten Ziel angetreten, die Meinungsfreiheit in unserem Land durch eine bewußte Medienpolitik zu fördern. Sie hat deshalb - wenige Wochen nach den ersten erkennbaren Schwierigkeiten - die Initiative ergriffen und einen Staatssekretärs-Ausschuß ins Leben gerufen, der sich mit Pressehilfsmaßnahmen auseinandersetzen soll.

Diese rasche Initiative der Bundesregierung, die der Bundeskanzler selbst angeregt hat, ist zu begrüßen. Sie ist allerdings - was die Verleger noch gar nicht zu erkennen geben - bereits ein zweiter Schritt. Im ersten Zug verschob die Bundesregierung auf Initiative der SPD-Fraktion die Gebühren-Anpassungen im Postzeitungsdienst um ein halbes Jahr auf den 1. Januar 1975 (die anderen Erhöhungen setzen am 1. Juli 1974 ein) und entschied sich für eine Erweiterung der ERP-Kreditrichtlinien für die Presse; künftig soll mit ERP-Krediten nicht mehr nur die Zeitungsherstellung, sondern auch der Zeitungsvertrieb gefördert werden können. Im Übrigen wird die Regelaumme der Kredite kräftig erhöht werden.

Nun wird die Bundesregierung noch weiter gehen. Diese Entscheidung ist richtig. Wenn die Vorschläge des Staatssekretärs-Ausschusses allerdings die Billigung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion finden sollen, werden wohl folgende Prinzipien zu berücksichtigen sein: 1/ Globale Hilfsmaßnahmen - also pauschale Steuergeschenke, die gefährdeten und nicht gefährdeten Zei-

tungen in gleicher Weise zugute kommen - sind generell auszuschließen; dieser Staat kann es sich nicht leisten, mit der Gießkanne der Erhaltungssubvention auch noch die Presse zu begießen; und 2/ Hilfsmaßnahmen dürfen weder lebensunfähige noch gewinnintensive Unternehmen fördern; sie sind dazu da, den lebensfähigen, aber im Konjunkturabwärtung gefährdeten publizistischen Einheiten die Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten. Alle Maßnahmen müssen so konzipiert sein, daß auch der böswillige Beobachter keine politische Einflußnahme hinter ihnen vermuten kann.

Ich plädiere für ein gestuftes Aktionsprogramm zur Pressestrukturpolitik, das verschiedene Elemente umfaßt. Erstens: ein "Presse-Investitionshilfegesetz", das Investitionszulagen für Zeitungen ermöglicht, die in den letzten drei Jahren eine bestimmte Gewinn-Marge nicht überschritten haben, aber trotzdem klar lebensfähig sind. Zweitens: Sofortmaßnahmen. Manche Zeitungen leiden nicht an fehlenden Investitionsmitteln; sie brauchen einfach eine Überbrückungshilfe; hier kann man gezielt - beispielsweise für den überregionalen Vertrieb - und befristet - beispielsweise für ein halbes Jahr - auch an Steuererleichterungen denken. Drittens: eine staatliche Hilfe bei der Altersversorgung der Journalisten, die nicht weniger wichtig ist als die Altershilfe für Landwirte, die diese Bundesregierung so vorbildlich angegangen ist; "Strukturpolitik" für die Presse betrifft nicht nur Verleger, sondern auch Journalisten. Viertens: eine Flurbereinigung der Vertriebsproblematik durch rasche Entscheidung über die künftigen Leistungen der Post und eine Förderung der Entwicklung von neuen Vertriebsmodellen und -techniken bei Erhaltung eines selbständigen und leistungsfähigen Großhandels.

Dies alles kann und muß rasch geschehen; es gibt "Denkmodelle" genug, die entschlossen und unbürokratisch verwirklicht werden sollten. Allerdings sollten alle kritischen Beobachter der Szene zweierlei akzeptieren: Interessentepapiere müssen überprüft werden - und mit den Zahlen der Zeitungsverleger hat die Politik 1973 keine allzu guten Erfahrungen gemacht. Und: Hilfsmaßnahmen sind keine Alternative zu ordnungspolitischen Maßnahmen in einem Presserechtsrahmengesetz.

(-/26.3.1974/ks/ee)

+ + +

CDU-Rettenfängerklänge für Studenten

Wie die Union den Numerus clausus bekämpfen will

Von Dr. Rolf Meinsacke MdB
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung und Wissenschaft des Bundestages

Vor etwa einem Jahr hat der CDU-Abgeordnete im hessischen Landtag, Dr. Schwarz-Schilling, deutschen Studenten in ausgewählten Fachbereichen ein Studium in den Vereinigten Staaten von Amerika zu ermöglichen. Er ging bei seiner Idee, in großem Umfang deutsche Abiturienten zum Studium nach den USA zu schicken, davon aus, daß an den amerikanischen Hochschulen viele Studienplätze frei sind. Deshalb sollte deutschen Studienbewerbern, die an Hochschulen der Bundesrepublik keinen Studienplatz finden konnten, eine Studienmöglichkeiten an amerikanischen Hochschulen oder Colleges angeboten werden. Eine solche Großaktion könnte, so glaubt der CDU-Politiker, in einigen Jahren etwa 30.000 bis 50.000 deutschen Abiturienten das volle Studium in den USA ermöglichen.

Wenn auch dieser CDU-Plan auf den ersten Blick plausibel zu sein scheint, so ergibt sich doch bei genauer Prüfung, daß der Vorschlag die eigentlichen Probleme ungeklärt läßt und weit von der Realisierbarkeit entfernt ist. Zunächst ist festzustellen, daß gerade in jenen Fächern, in denen an den deutschen Hochschulen ein Numerus clausus herrscht (Humanmedizin, Pharmazie usw.), auch in den Vereinigten Staaten Engpässe bestehen. Hier gibt es in den USA praktisch keine freien Plätze. Nur jeder zehnte bis 15. Student, der in den USA das sogenannte Undergraduate Studium für Medizin absolviert hat, erhält einen Studienplatz an einer sogenannten Medical School. Demnach bringt der Vorschlag von Dr. Schwarz-Schilling gerade in unseren Numerus clausus-Fächern keine Entlastung oder gar Lösung.

Der Schwarz-Schilling-Plan mißachtet auch die von Bund und Ländern gemeinsam beschlossenen Zielvorstellungen des Bildungsgesamtplanes. Wenn man daran festhalten will, daß 1980 und 1985 20 bis 22 vH. bzw. 22 bis 24 vH. des jeweiligen Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen können, so lassen diese Zielwerte nicht zu, daß in den USA mit deutschen Steuermitteln Ausweichkapazitäten geschaffen werden und unterhalten werden. Man muß ferner berücksichtigen, daß zur Zeit ein Studienjahr in den USA für einen deutschen Studenten einschließlich Einschreibengebühren und Hin- und Rück-

reise etwa 18.000 DM kosten würde. Das ergäbe bei 50.000 Studenten einen Finanzaufwand von etwa 900 Millionen DM jährlich. Die Konsequenz wäre eine Verlagerung von nicht unerheblichen Haushaltsmitteln ins Ausland, die eigentlich für die deutschen Hochschulen bestimmt sind. In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch nicht uninteressant, daß die laufenden Kosten je Studienplatz in der Bundesrepublik mit rund 13.000 DM im Schnitt weit unter den genannten Kosten von etwa 18.000 DM in den USA liegen.

Nicht unerwähnt bleiben darf schließlich das Problem der Anrechnung und Gleichstellung von Studienabschnitten und Abschlußprüfungen, die in den USA geleistet bzw. erworben wurden. Das Studiensystem in den USA ist so grundverschieden von dem unsrigen, daß eine Vergleichbarkeit bei kaum einem Diplom oder Grad gegeben ist. Hier wird deutlich, daß Studenten, die in den USA Abschlußprüfungen oder Studienabschnitte absolviert haben, damit in Deutschland überhaupt nichts oder nur wenig abfangen können. Das Studium in den USA wäre in dieser Form nichts als eine gigantische Fehlinvestition, die nicht nur den Staat vor große finanzielle Probleme stellen würde, sondern für viele tausend junger Menschen die Vergeudung entscheidender Jahre bedeuten würde.

Betrachtet man die Hochschullandschaft in den USA genau, so läßt sich übersehen, daß die guten oder hervorragenden Hochschulen über keinen Mangel an Studienbewerbern zu klagen haben. Freie Plätze sind vornehmlich nur an solchen Hochschulen vorhanden, die an den Ruf der großen Universitäten nicht herankommen. Auch unter diesem Aspekt wäre es unverantwortlich, deutschen Studenten pauschal ein Studium in den USA anzubieten.

Ungeachtet dieser Tatbestände verfolgt die CDU ihren Plan mit großer Hartnäckigkeit weiter, ohne zu präzisieren, wie die genannten Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Sie gaukelt Möglichkeiten vor, die es in Wahrheit nicht gibt. Sie verlockt Studenten, ein Studium in den USA aufzunehmen, ohne die damit verbundenen Konsequenzen zu schildern. In einer Neufassung jener Geschichte vom Rattenfänger von Hameln wäre zu zeigen, wie die CDU mit süßen Tönen junge Menschen zwar nicht gleich ins Verderben, aber doch in herbe Enttäuschungen führen könnte.

Als wäre das alles noch nicht genug, forderten jüngst CDU/CSU-Abgeordnete in einem Antrag, die Finanzierung des Schwarz-Schilling-Plans "Studium in den USA" in die Offset-Verhandlungen mit den USA einzubeziehen. Abgesehen davon, daß die Offset-Verhandlungen praktisch abgeschlossen sind, erstrecken sich diese bisher nur auf verteidigungswirksame Leistungen. Um die Devisenverluste durch die Truppenstationierung der USA in der Bundesrepublik auszugleichen, kauft die Bundesrepublik in den USA Waffen und andere Geräte, die unserer Verteidigungspolitik dienen. Hierzu gibt es bislang nur eine einzige Ausnahme, die in der Einbeziehung der Lieferung von angereichertem Uran besteht. Wenn die Verteidigungskäufe nicht ausreichen, werden seitens der Bundesregierung Maßnahmen im rein monetären Bereich getroffen, die dem Ausgleich der US-Zahlungsbilanz dienen. Hierzu gehören der Ankauf von Anleihen des amerikanischen Schatzamtes. Die Einbeziehung der Finanzierung des "Studiums in den USA" würde diesen Rahmen sprengen.

Nicht unerwähnt kann schließlich bleiben, daß die in dem Unions-Antrag vergleichbare Initiative im amerikanischen Kongreß bislang nur in

einer einzigen Rede eines einzelnen Senators besteht. Der Republikaner Brock hatte am 15. November 1973 im Zusammenhang mit Zahlungsbilanzproblemen der USA erklärt, daß die Zahlungsbilanz der USA aufgebessert werden könnte, wenn man ausländische Studenten in den USA studieren ließe. Konkret führte der Senator aus, daß das Studium von etwa 50.000 europäischen Studenten in den USA vom Standpunkt der Zahlungsbilanz so viel wie das Zurückholen von 50.000 in Europa stationierten US-Soldaten bedeuten würde. Wenn man bedenkt, daß Brock entsprechende gesetzliche Initiativen im Kongreß in seiner Rede angekündigt hat, denen aber bisher noch keine konkreten weiteren Schritte gefolgt sind, so erscheint zumindest die Behauptung im CDU/CSU-Antrag, es läge im amerikanischen Kongreß eine vergleichbare Initiative vor, reichlich hoch gegriffen. Hier sollte auch die CDU/CSU im Interesse der guten deutsch-amerikanischen Beziehungen darauf achten, sich präzise auszudrücken, um keine unnötigen Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

Die Ablehnung des Schwarz-Schilling-Planes bedeutet nicht, daß die Regierungsparteien gegen ein Studium deutscher Studenten in den USA wären. Im Gegenteil: Sie begrüßen grundsätzlich jeden dem Parlament vorgelegten realisierbaren Vorschlag, den Numerus clausus an deutschen Hochschulen abzubauen und zu überwinden. Deshalb unterstützte wir auch das von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austausch-Dienst (DAAD) vorbereitete Sonderprogramm für das Studium in den Vereinigten Staaten, wonach spätestens ab Herbst 1974 etwa 400 Anglistikstudenten in den USA und Kanada studieren sollen. Dieses Programm soll in den Folgejahren stufenweise erweitert werden. Ähnliche gezielte und kontrollierbare Sonderprogramme für ein einjähriges Studium in den USA sollen auch für andere Fachbereiche entwickelt werden, wie z.B. die Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, die empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Hierbei handelt es sich um bildungspolitisch sinnvolle und finanziell vertretbare Studienprogramme in den Vereinigten Staaten. Beim sogenannten Schwarz-Schilling-Plan hingegen handelt es sich um unerfüllbare Vorstellungen, die mit propagandistischem Getöse immer wieder vorgetragen werden, ohne daß sie deswegen richtiger würden. (=/26.3.1974/bgy/ee)

+ + +

Krisenzustände sind keine Unfälle

Aufklärungsaktion der SPD Hessen-Süd über wirtschaftspolitische Mechanismen

"Wer die Macht zur Lenkung der ökonomischen Prozesse hat, hat die Macht, sich Vorteile zu Lasten anderer zu sichern, wenn er nicht laufender demokratischer Kontrolle unterliegt. Die ökonomische Macht liegt aber heute wesentlich bei den großen Konzernen im Produktions-, Handels- und Finanzsektor. Ihre Handlungen sind auf ihr Gewinninteresse gerichtet. Wenn andere Bedürfnisse diesen Interessen entgegengerichtet sind, werden sie abgewehrt". Diese Feststellung in der vom Wirtschaftswissenschaftler Norbert Wieczorek verfaßten Argumentationsbroschüre, die die südhessische SPD zu ihrer "Aktion Wirtschaftsmacht" herausgegeben hat, wird mit einer Reihe von Beispielen belegt.

Der Staat darf zwar im Interesse der Wirtschaft in Bildung und Forschung investieren, emanzipatorische Bildungskonzepte wie die Rahmenrichtlinien in Hessen aber werden hintertrieben. Der Staat darf zur Mäßigung der Lohnforderungen aufrufen, eine Debatte über Preissenkungen aber nicht in Erwägung ziehen. Der Staat darf über Konjunkturspritzen eine Beschäftigung zur Auslastung vorhandener Kapazitäten garantieren, Vollbeschäftigung steht aber nicht auf dem Programm der Konzerne, weil sich "hohe" Arbeitslosenquoten "günstig" auf Tarifverhandlungen auswirken, solange die Nachfrage noch erhalten bleibt.

Mit dieser Argumentationsbroschüre, einem Flugblatt "Kontrolliert die Wirtschaftsgiganten!", das in Tausenden vor Betrieben verteilt wird, und mit einer Reihe von Veranstaltungen haben Südhessens Sozialdemokraten eine Kampagne gestartet, die die Bürger aufklären soll über die tatsächlichen Hintergründe der fast schon unaufhaltsamen Preissteigerungen, den "Sinn" der sogenannten Ölkrise und die Schwierigkeiten einer konsequenten Reformpolitik. "Diese Zustände", so heißt es im Südhessen-Papier über Vorkommnisse wie die zur Preistreiberei betriebene Ölverknappung durch die Konzerne, "sind nicht Unfälle, sondern typisch für ein Wirtschaftssystem, das die wesentlichen ökonomischen Entscheidungen in privater Hand läßt, d.h. aber bei gegebenem Konzentrationsgrad im wesentlichen bei wenigen Großkonzernen".

Der Aufklärungsfeldzug der Südhessen-SPD über die "Marktwirtschaft" wurde vom Bezirksvorstand beschlossen, weil man es kaum für sinnvoll hielt, die Genossen an der Basis von Supermarkt zu Supermarkt zu schicken, um die Preise zu vergleichen. So war die zentrale "Aktion Gelder Punkt" in Hessen-Süd auch auf Ablehnung gestoßen, die eigene Kampagne beschlossene Sache. Wenn wir schon durch die Konjunkturinstrumente, die dem Staat zur Verfügung stehen, die Preise nicht senken, die Wirtschaft nicht wirklich lenken können,

so die Überlegungen im Bezirksvorstand, müssen wir das auch klar sagen. Beim Wähler dürfen keine Erwartungen erweckt werden, die die Regierung nicht in der Lage ist zu erfüllen, weil sie keine Möglichkeiten hat, auf die die Wirtschaft bestimmenden Konzerne einzuwirken. Eine nationale antizyklische Konjunkturpolitik hat sich als wirkungslos erwiesen, weil die Finanzmacht der multinationalen Konzerne so groß ist, daß sie von nationaler Geld und Währungspolitik unabhängig sind. Diese Erkenntnis zwingt zur Aufklärungsaktion, weil der Wähler sonst dort ein Versagen der Regierung diagnostiziert, wo doch ein Verschulden der Konzerne vorliegt. Nur wenn einsichtig ist, daß die Regierung bei den derzeitigen Verhältnissen die Machtmechanismen in der Wirtschaft und damit in der Gesellschaft nicht ändern kann, ist es möglich, den Wähler dafür zu gewinnen, daß er sich selbst aktiv um eine Veränderung der Machtverhältnisse bemüht.

Mit dieser Stoßrichtung will die "Aktion Wirtschaftsmacht" gezielt Arbeitnehmer mobilisieren. Denn Preis-, Tarif- und Beschäftigungspolitik hängen von der "Multis" und den Möglichkeiten ab, sie demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Diese Kontrolle ist nötig zur Beschränkung der Macht der Großkonzerne, weil gegen ihren entschiedenen Widerstand die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeitnehmer nicht befriedigt werden können. Die Macht, die hinter diesem Widerstand steht - ihn ermöglicht -, muß auf nationaler und internationaler Ebene angegangen werden. Auf nationaler Ebene durch eine konsequente Demokratisierungspolitik und eine Wirtschaftsstrukturpolitik, die bestehende Abhängigkeiten von internationalen Konzernen (Rohstoffversorgung) lockert. Auf internationaler Ebene muß diese Politik durch eine Außenpolitik abgesichert werden, die die Gefahr militärischer Konflikte mindert und neue Handelsbeziehungen außerhalb der Kontrolle der "Multis" ermöglicht.

"Von noch größerer Bedeutung ist jedoch in diesem Zusammenhang internationale Solidarität der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien", heißt es in dem Argumente-Papier der Südhessen. Durch solidarisches Verhalten müssen Parteien und Gewerkschaften verhindern, daß Konzerne, deren Machtbefugnisse im Interesse der Arbeitnehmer in einem Land beschnitten werden, auf Grund ihrer multinationalen Arbeitsweise ihre Aktivitäten kurzerhand verlagern. Gesetze allein, die von Parlament und Regierung beschlossen werden könnten, genügen nicht, den Einfluß der "Multis" einzudämmen. Im Gegenteil: Ihr Einfluß auf die Politik in Entwicklungsländern (United Fruit Company in den "Banananrepubliken" und IYT in Chile) und in den Industriestaaten (CDU-Steuergesetzgebung zur Begünstigung von Investitionen im Ausland) ist größer als der Einfluß der Politik auf ihre Aktionen. Das offen auszusprechen - nicht nur in Seminaren, sondern gegenüber den Wählern -, ist die erste Voraussetzung die Machtverhältnisse zu ändern. Auch wenn es Überwindung kostet, die eigene Machtlosigkeit einzugestehen.

Hartmut Heß
(-/26.3.1974/ks/ee)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller